

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christopher Gohl, Frank Sitta,
Torsten Herbst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/30391 –**

Maßnahmen für mehr Sicherheit im Straßengüterverkehr

A. Problem

Es liegt ein Antrag vor, der unter anderem beinhaltet, dass die Bundesregierung aufgefordert werden soll, mit verschiedenen Maßnahmen die Kontrolldichte im Straßengüterverkehr zu erhöhen; einen Modellversuch für den Einsatz von Alkohol-Interlock-Geräten für straffällig gewordene Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer auf freiwilliger Basis in Deutschland umzusetzen; die Mittel für das bisherige „Förderprogramm für Abbiegeassistenzsysteme“ im Jahr 2022 auf 30 Millionen Euro zu verdoppeln, die Fördersumme danach degressiv auf 15 Millionen Euro pro Jahr herabzustufen und das Programm bis 2024 vollständig auslaufen zu lassen, sowie ein Verbot zum Abschalten der Notbremsassistenten umzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/30391 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Cem Özdemir
Vorsitzender

Florian Oßner
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Florian Oßner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/30391** in seiner 233. Sitzung am 10. Juni 2021 beraten und hat ihn an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der vorliegende Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass die Bundesregierung aufgefordert werden soll, mit verschiedenen Maßnahmen die Kontrolldichte im Straßengüterverkehr zu erhöhen; einen Modellversuch für den Einsatz von Alkohol-Interlock-Geräten für straffällig gewordene Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer auf freiwilliger Basis in Deutschland umzusetzen; die Mittel für das bisherige „Förderprogramm für Abbiegeassistenzsysteme“ im Jahr 2022 auf 30 Millionen Euro zu verdoppeln, die Fördersumme danach degressiv auf 15 Millionen Euro pro Jahr herabzustufen und das Programm bis 2024 vollständig auslaufen zu lassen sowie ein Verbot zum Abschalten der Notbremsassistenten umzusetzen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat den Antrag auf Drucksache 19/30391 in seiner 116. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, der Antrag gehe in die richtige Richtung, stelle aber Forderungen auf, die bereits umgesetzt seien bzw. deren Umsetzung bereits in Angriff genommen sei. Sie erwähnte in diesem Zusammenhang den Pakt für Verkehrssicherheit und hob hervor, dass das Förderprogramm des BMVI zum Einbau von Abbiegeassistenzsystemen sehr erfolgreich sei. Die Kontrolldichte im Straßengüterverkehr sei mit etwa einer halben Million Kontrollen im Jahr bereits sehr hoch. Sie lobte in diesem Zusammenhang die Arbeit des Bundesamtes für Güterverkehr.

Die **Fraktion der SPD** äußerte, in dem Antrag würden Forderungen erhoben, deren Umsetzung seit langem betrieben werde, sowie Selbstverständlichkeiten, die man nicht beschließen müsse.

Die **Fraktion der AfD** bemerkte, es handele sich um einen sehr sinnvollen Antrag, dessen Forderungen man weitgehend teile.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, auch bei Zielen, die bereits verfolgt würden, sei eine Beschleunigung der Umsetzung durch die Annahme des Antrags sinnvoll. Sie betonte die große Bedeutung des Straßengüterverkehrs für die Sicherheit des Straßenverkehrs und sprach sich dafür aus, bestehende Regeln konsequent durchzusetzen. Zudem betonte sie die Bedeutung des Einsatzes besserer technischer Lösungen für die Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, sie werde dem Antrag zustimmen, aber der beste Beitrag für die Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit sei eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich der Feststellung der Fraktion DIE LINKE. an, dass der beste Beitrag für die Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene sei. Die Zahl großer und schwerer LKW nehme zu und der Straßengüterverkehr sei gefährdend. Der Antrag beinhalte vernünftige Forderungen und sie unterstütze ihn im Sinne der Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/30391.

Berlin, den 23. Juni 2021

Florian Obner
Berichtersteller